

3.68 Recht auf Ausbildung

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2014

1. Duale Berufsausbildung in Gefahr

Registrierte Ausbildungsplatzangebote und abgeschlossene Ausbildungsverträge verringern sich zunehmend. Die Passung zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und dem Interesse und den Bedürfnissen von jungen Frauen und Männern differieren. Trotz sinkender Anzahl an Ausbildungsinteressierten, können nicht alle von ihnen an einer dualen Berufsausbildung beteiligt werden.

2. Chancengleichheit!

- Um eine Chancengleichheit für alle jungen Frauen und Männer zu schaffen, ist es notwendig eine verbindliche Lösung zu finden, die für alle greift und ihnen den Anspruch auf einen Ausbildungsplatz gibt. Hierfür steht im dualen Ausbildungssystem in erster Linie die Wirtschaft in der Pflicht, die von der Berufsausbildung der jungen Frauen und Männern profitiert. Darüber hinaus muss der Staat ein entsprechendes Ausbildungsplatzangebot garantieren und auch selbst schaffen und die Vielfalt an unterschiedlichen Voraussetzungen, die junge Frauen und Männer mitbringen, berücksichtigen. Weibliche Ausbildungsinteressierte werden im Gegensatz zu männlichen Ausbildungsinteressierten wesentlich seltener auf dem Ausbildungsmarkt integriert. Auch nehmen wir Bevorzugungen in Bezug auf Bildungsabschlüsse und gesellschaftliche Ausgangslagen wahr.

3. Unsere Forderungen

- Ein Recht auf Ausbildung muss vorrangig über betriebliche Ausbildungsplätze eingelöst werden. Hierzu fordern wir, dass gesetzlich geregelte und verbindliche Finanzierungselemente für die Förderung einer betrieblichen Berufsausbildung unter Berücksichtigung brancheninterner Gegebenheiten geschaffen werden.

- Der nicht abgedeckte Bedarf an betrieblichen Ausbildungsplätzen soll durch außerbetriebliche Ausbildungsplätze gedeckt werden. Diese müssen sich an den Fähigkeiten und Interessen junger Frauen und Männern orientieren und eine möglichst große Betriebsnähe haben.
- Ein ausreichendes, auswahlfähiges Angebot zwischen Ausbildungsplätzen und Ausbildungsplatzsuchenden gilt es zu schaffen, um allen jungen Frauen und Männern einen zukunftsfähigen Ausbildungsplatz zu bieten und eine Auswahl zu ermöglichen.
- Eine angemessene Vergütung während und nach der Ausbildungszeit, die ein gutes Auskommen sicherstellt. Dies gilt für schulische, betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung.
- Inklusiv ausbildende Betriebe müssen weiterhin finanziell unterstützt werden, um allen jungen Frauen und Männern eine gleichberechtigte berufliche Perspektive zu bieten.